

# Bilanz einer Politik für die Jugend

## Leistungen der Union seit der letzten Bundestagswahl

„Ob es uns gelingt, den Jungen wieder mehr Mut und Selbstvertrauen zu geben in einem freien Gemeinwesen zu leben, das ist die entscheidende Frage für den Fortbestand der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn junge Leute den Eindruck gewinnen müssen, daß sie in unserer Gesellschaft mit ihrer Chance zu kurz kommen, dann gerät diese junge Generation in Gefahr, auf Freiheit verzichten zu wollen und Sicherheit im Kollektiv zu suchen.“  
(Helmut Kohl in der Debatte über die Regierungserklärung von Bundeskanzler H. Schmidt am 17. 12. 1976.)

Im Wahlprogramm 1976 hatte die CDU ihren Wählern ein hochgestecktes Ziel beschrieben:

„Die Jugend hat das Recht, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Diese, in ihren Hoffnungen enttäuschte Generation darf nicht in Anpassung und Mutlosigkeit verfallen. Wir brauchen junge Menschen, die wach, kritisch und solidarisch zur Gemeinschaft stehen und ihr frischen Ansporn geben.“

Heute, vier Jahre danach, kann man mit Recht sagen, daß die CDU nicht mit hohlen Worten auf Stimmenfang gegangen ist. Sie hat die Jugend nicht aus wahltaktischer Spekulation hofiert, sondern als wichtigen Partner ernst genommen und sich im Bewußtsein großer Verantwortung für sie eingesetzt.

Nach einem, auch in ausführlicher Dokumentation vorliegenden Hearing der CDU am 22. Juni 1977 in Bonn zu den „Zukunftschanzen der jungen Generation“ fand am 21./22. Oktober 1977 zum gleichen Thema ein groß angelegter Kongreß in Hamburg mit bedeutenden Fachleuten statt.

Rückschauend kann heute gesagt werden, daß es die Union war, welche das Thema der Zukunftschanzen der Jugend aufgegriffen, gründlich diskutiert und nachhaltig in die Arbeit des Parlaments wie auch in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht hat.

In zwei bedeutsamen Texten fand diese Arbeit ihren Niederschlag: Die Junge Union verabschiedete auf einem außerordentlichen, eigens diesem Thema gewid-

meten Deutschlandtag am 20./21. Mai 1978 die „*Perspektiven zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation*“. Der Bundesausschuß der CDU verabschiedete am 12. Juni 1978 das Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend „*Der Weg in eine gesicherte Zukunft*“. Hinzuweisen ist auch auf das von H. Geißler und M. Wissmann herausgegebene Buch „*Zukunftschancen der Jugend*“ (Bonn 1979) mit Beiträgen namhafter Vertreter aus Gesellschaft und Politik, welche die programmatischen Vorstellungen der Partei erläutern und vertiefen.

Es war eines der erfreulichsten Ergebnisse des Berliner Parteitages der CDU 1980, daß zum Thema „*Antworten an die junge Generation*“ ein Antrag der Jungen Union einstimmig angenommen wurde. Die Jüngeren in der Union beschreiben darin die Ursachen von Mängeln und unterbreiten Vorschläge, um sie zu beheben. Die Älteren haben beidem ohne Vorbehalte zugestimmt.

## Ein überzeugender Einsatz für die Jugend

Eine jugendpolitische Leistungsbilanz der CDU muß notgedrungen viele Einzelinitiativen außer acht lassen. Erst recht können jene Aktivitäten nicht einzeln aufgeführt werden, die in anderen Sachbereichen auch jugendpolitisch relevante Auswirkungen haben.

Hier wäre zu berichten vom Bemühen um

**eine stärkere steuerliche Förderung der Familie mit Kindern,  
eine vorrangig nach sozialen Gesichtspunkten abgewogene Kindergeldregelung,  
die Einführung eines Erziehungsgeldes und  
die Anrechnung von Erziehungsjahren auf die Rentenbemessung.**

Es müßten erwähnt werden

**die Anträge zur Sicherung von Kindern im Straßenverkehr und zur Verbesserung der Schulbusbeförderung.**

In der Wohnungsbauförderung wäre hinzuweisen auf Gesetzesentwürfe und -anträge, die besonders die Situation der kinderreichen Familien berücksichtigen. Auf der Grundlage eines Antrages der CDU/CSU-Fraktion wurde auch eine steuerliche Behandlung der Sportvereine erreicht, durch die gemeinnützige Verbände gezielter gefördert und nicht durch bürokratische Kontrollen in ihrer Tätigkeit behindert werden.

Selbst so scheinbar geringfügige und wenig werbewirksame Themen wie

**verbilligten Bundesbahntarif für erholungsbedürftige Kinder oder  
Verbesserung der Verkehrsbedingungen für das Fahrrad**

hat die Unionsfraktion in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen.

Eine statistische Auswertung aller Aktivitäten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist folgende Initiativen zur Jugendpolitik aus:

**vier Gesetzentwürfe, zwei Große Anfragen, zwölf Anträge, vierunddreißig Kleine Anfragen.**

## Ausbildung und Beruf

Unter der SPD/FDP-Bundesregierung ist die Kluft zwischen den Versprechungen an die junge Generation und den tatsächlichen Bildungs- und Berufschancen groß geworden. Das betrifft vor allem die Bildungschancen der Schüler, die Studienmöglichkeiten der Abiturienten in bestimmten Fächern und die Bildungs- und Berufsmöglichkeiten vieler Jugendlicher, die eine solide berufliche Fachausbildung in Schule und Betrieb erhalten wollen.

**Die unsozialen Folgen unzureichender Ausbildung, der Zulassungsbeschränkung an den Hochschulen und der Jugendarbeitslosigkeit sind von der SPD/FDP-Bundesregierung in ihrer vollen Tragweite bis heute nicht ausreichend erkannt, geschweige denn mit politischen und langfristigen konzeptionellen Maßnahmen beantwortet worden.**

Im Mai 1977 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein umfassendes „Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche“ im Bundestag eingebracht. Dieses Programm enthält Anreize zur Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, Sondermaßnahmen für benachteiligte und leistungsgeminderte Jugendliche, einen Ausbau des Engagements der öffentlichen Hand und der Bundesanstalt für Arbeit sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Abstimmung zwischen Betrieb und Schule. Mit diesem Programm hat die Union ihre Alternative zum „Ausbildungsplatzförderungsgesetz“ der Bundesregierung noch einmal deutlich gemacht.

Mit verschiedenen Initiativen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion versucht, ausbildungshemmende Vorschriften in der betrieblichen Berufsausbildung zu beseitigen. Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition haben sich diesen Forderungen aber bis heute widersetzt.

Auf Initiative der CDU/CSU fand am 7. Juni 1978 im Bundestsausschuß für Bildung und Wissenschaft ein Anhörungsverfahren zum Thema „Förderung der Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit in der Wirtschaft“ statt. Wichtigstes Ergebnis der Anhörung war, daß die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Betriebe durch mehr Flexibilität in den rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht werden kann und muß. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, auf entsprechende Vorschläge der CDU/CSU einzugehen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Das gilt vor allem für das Jugendarbeitsschutzgesetz.

Am 7. Juli 1978 hat der Bundesrat eine neue Anrechnungsverordnung für das schulische Berufsgrundbildungsjahr beschlossen. Die Unionsfraktion hat in enger Zusammenarbeit mit den CDU/CSU geführten Ländern auf die Gestaltung dieser Anrechnungsverordnungen und auf einen entsprechenden Entschließungsantrag dazu erheblichen Einfluß genommen. Sie besteht weiterhin darauf, daß ein kooperatives Berufsgrundbildungsjahr in Zusammenarbeit von Betrieb und Schule den Vorrang vor einem 10., allgemeinbildenden Schuljahr in der Hauptschule erhalten muß.

**Auf keinen Fall darf eine Aushöhlung oder Verdrängung des dualen Berufsbildungssystems zugelassen werden.**

Mit einer weiteren Initiative zu berufsvorbereitenden Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz für noch nicht berufsreife Jugendliche hat sich die Union bewußt derjenigen Jugendlichen angenommen, die mit einem mangelhaften Schulabschluß (oder auch ohne Schulabschluß) nur nach zusätzlichen Förderungsmaßnahmen in die notwendige Berufsausbildung oder in einen Arbeitsplatz vermittelt werden können.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU vom 16. August 1978 zu den „*Zukunfts-chancen der jungen Generation*“ setzt eine Reihe konkreter Vorschläge zur Lösung dieser Probleme fort:

- Einordnung der Bildungspolitik in den politischen Gesamtrahmen mit dem Ziel, die Grundlinien der Bildungs-, Wirtschafts-, Forschungs-, Technologie- und Arbeitsmarktpolitik in Übereinstimmung zu bringen;
- Aufforderung an die Bundesregierung, das Instrument der Bedarfsprognose und das System der Bildungs- und Berufsberatung auszubauen;
- detaillierte Vorschläge zum Ausbau der Forschungs- und Technologiepolitik;
- gezielter Ausbau der Hochschulen, damit jedem dafür Qualifizierten eine Ausbildung an der Hochschule ermöglicht wird;
- Katalog von Vorschlägen zur speziellen Förderung von leistungsschwachen, noch nicht berufsreifen und behinderten Jugendlichen sowie Kindern ausländischer Arbeitnehmer.

Die Entwicklung der Ausbildungsplatzsituation hat sich in den letzten Jahren aufgrund der anerkennenswerten Anstrengungen und der vielfältigen Initiativen der ausbildenden Betriebe ständig und erheblich gebessert. Heute ist das Angebot an Ausbildungsplätzen in den Betrieben größer als die Nachfrage. Die deutsche Wirtschaft hat in flexibler Weise die Zahl und die Qualität der Ausbildungsplätze erheblich steigern können.

**Damit hat sich die Auffassung der CDU/CSU als richtig erwiesen, daß für alle Auszubildenden in den Betrieben mehr als genügend Ausbildungsplätze auch ohne den staatsdirigistischen Zwangsfonds der Berufsbildungsabgabe bereitgestellt werden.**

Im Rahmen der Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation mißt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch der Förderung von Auslandsaufenthalten junger Menschen eine besondere bildungs- und wissenschaftspolitische Bedeutung bei. Deshalb hat die CDU/CSU am 9. Januar 1979 ein umfassendes *Programm zur Förderung des Auslandsaufenthaltes von Schülern, jungen Arbeitnehmern, Studenten und Wissenschaftlern* vorgelegt und sich mit ihrer Initiative dafür eingesetzt, die zu beobachtende „Auslandsmüdigkeit“ der jungen deutschen Generation mit politischen Maßnahmen zu stoppen und in eine wachsende Bereitschaft zum Auslandsaufenthalt umzukehren.

**Die Bundesrepublik Deutschland braucht nicht nur die geistige und kulturelle Teilhabe an der Welt; sie ist als rohstoffarmes, exportabhängiges Land auch darauf angewiesen, welt- und sprachgewandte Fachleute in ausreichender Zahl zu besitzen, die früh gelernt haben, über die Grenzen ihres Faches und ihres Landes hinauszuschauen und hinauszudenken.**

Die Initiativen der CDU/CSU haben einen Erfolg gebracht: Immerhin haben SPD und FDP sowie die Bundesregierung bei der letzten Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes dem Antrag der CDU/CSU zugestimmt, die Förderung eines Auslandsstudiums in Zukunft großzügiger als in der Vergangenheit zu bemessen.

### **Kinder ausländischer Arbeitnehmer**

Die Integration der Kinder ausländischer Arbeitnehmer ist immer noch unzureichend. Hier hat die Union als erste das ganze Ausmaß der Problematik erkannt und Schritte unternommen, welche verhindern sollen, daß in der Bundesrepublik Deutschland unbemerkt Bevölkerungsgruppen fremder Nationalität in Ghettosituationen abgedrängt werden, woraus künftig ein sozialer Sprengstoff ungeheuren Ausmaßes entstehen könnte.

In einem am 17. Mai 1978 von der CDU/CSU-Faktion eingebrachten Antrag wurde die Bundesregierung aufgefordert, künftig die Verbesserung der Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer zu einem Schwerpunkt ihrer Politik zu machen. Die CDU/CSU hat sich vor allem folgende Ziele gesetzt:

- eine Politik der „Eindeutschung“ kommt ebensowenig in Betracht wie die Entfremdung von der Familie;
- die frei gewählte Entscheidung zur Rückkehr in das Heimatland der Eltern muß den jungen Menschen offenbleiben.
- Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kinder ausländischer Arbeitnehmer sollen den deutschen Kindern gleichgestellt sein;
- diese Kinder und Jugendlichen dürfen nicht in gesellschaftlicher Isolation aufwachsen; ihnen soll vielmehr die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden, ohne ihre nationale und kulturelle Identität mit dem Heimatland ihrer Eltern zu zerstören;

Der Antrag wurde am 14. Juni 1978 im Plenum behandelt und ist Gegenstand einer öffentlichen Anhörung am 23. April 1979 gewesen.

### **Erziehung in der Familie**

Die CDU/CSU-Faktion hat immer wieder versucht, den Vorrang der innerfamiliären Erziehung gesetzlich sicherzustellen und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates auf das unumgängliche Minimum zu beschränken. Dies war vor allem

notwendig bei den Beratungen zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts und zum Jugendhilferecht.

**Die gegensätzlichen Standpunkte werden besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß die Regierungskoalition eine Unionsalternative ablehnte, in der von der gegenseitigen Achtung zwischen Eltern und Kindern die Rede ist.**

Andererseits leisteten SPD/FDP dem programmatischen Abbau des familiären Zusammenhalts Vorschub, indem sie schon bei kleinen Anlässen Maßnahmen des Vormundschaftsgerichts zuließen und im bürgerlichen Gesetzbuch Paragraphen einfügten, welche den Eltern die Einhaltung eines bestimmten Erziehungsstils vorschreiben.

**Die in diesem Gesetz gegen den Willen der Union verankerte Politik ist dazu angetan, zusätzliche Konflikte in die Familie hineinzutragen, statt vorhandene Konflikte in den Familien zu lösen.**

## **Alkohol und Drogen**

Neunzig Prozent aller Delikte im Bereich der illegalen Drogen werden von jungen Menschen unter 30 Jahren begangen; zwei Drittel dieser Straftaten im Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Die Arbeitsgemeinschaft der Drogenberatungsstellen schätzt die Zahl der Abhängigen auf 80 000; in jedem Jahr werden 10 000 neue Fälle akut.

**Experten sagen voraus, daß innerhalb der nächsten 7 Jahre von den derzeit Abhängigen etwa 45 000 Menschen sterben werden.**

Zwar hat der Bundeskanzler zu Beginn der Legislaturperiode versprochen, beim „weiteren Ausbau des Bundeskriminalamtes wird ein besonderer Schwerpunkt die Bekämpfung des international organisierten Rauschgifthandels sein“. Gegenüber einer geschätzten Einfuhr von 30 t ergeben aber die 1979 sichergestellten 207 kg Heroin eine Erfolgsquote von nicht einmal 1 %!

Bundesweit stehen etwa 1 600 geeignete Therapieplätze zur Verfügung. Die Kosten für eine Entziehungskur betragen durchschnittlich 58 000 DM. Die Heilungschancen werden mit 5 % angegeben.

**Auf diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, wenn die Judos fordern, die Haschisch-Droge freizugeben, weil sie harmlos sei. Alle Fachleute sind sich einig, daß von der weichen zur harten Droge ein oft zwangsläufiger Weg besteht. Trotz dieser schlimmen Lage hat die Bundesregierung kein Konzept für die Vorbeugung und Heilung der Rauschgiftsucht und die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität entwickelt und nicht einmal eine Koordination der beteiligten Ministerien erreicht.**

Der Minister für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Huber, bemerkte nicht einmal die peinliche Blöße, die sie sich in einem Interview mit der Feststellung

gab: „Wir haben mit einem einzigen Mann den Entwurf für ein neues Betäubungsmittelgesetz erarbeitet.“ (Der Spiegel 3, 1980, 66.)

Dagegen hat die Unionsfraktion das Drogenproblem schon frühzeitig zum Gegenstand parlamentarischer Beratungen gemacht. In einer Großen Anfrage (14. Juli 1977) ersuchte sie die Regierung um Auskunft über Stand und Entwicklung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Alkohol- und Drogenmißbrauchs und der Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen. In einem Entschließungsantrag vom 11. November 1977 nannte sie konkrete Maßnahmen:

**Novellierung des Jugendschutzgesetzes,  
Früherfassung und Behandlung der Gefährdeten,  
gezielte Aufklärungsmaßnahmen,  
Ausbau der Therapieeinrichtungen und  
bessere Finanzierung der freien Träger.**

Da offensichtlich das geltende Strafrecht nicht ausreicht, um der Rauschgiftkriminalität zu begegnen, hat die Fraktion darüber hinaus Präzisierungen der Straftatbestände im Betäubungsmittelgesetz und verschärzte Strafandrohungen vorgeschlagen. (Gesetzentwurf vom 23. Oktober 1979.)

Besonders schwerwiegende Fälle im Rauschgifthandel wie Tötungsdelikte sollen mit Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren bedroht werden. Ein erneuter Antrag (14. November 1979) forderte die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Rauschmittelsucht zu verstärken.

Am 18. Juni 1980 einigten sich die im Bundestag vertretenen Fraktionen auf ein *Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechtes*. Das Gesetz versucht, die Anliegen von Strafe und Therapie in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Es sieht eine Strafverschärfung für die schwere Rauschgiftkriminalität mit einem Höchstmaß von 15 Jahren Haft vor; andererseits ermöglicht dieses Gesetz einen Verzicht auf Strafvollstreckung gegenüber „kleinen bis mittleren“ Straftätern, die unter dem Einfluß ihrer Sucht gehandelt haben, wenn sie sich zu einer Behandlung ihrer Drogenabhängigkeit verpflichten.

**Das Schlagwort „Therapie statt Strafe“ gibt es nicht mehr; es muß jetzt heißen: „Therapie und Strafe“. Es hat sich inzwischen nämlich herausgestellt, daß der Therapieerfolg begünstigt wird, wenn der Staat seinen Strafanspruch nicht aufgibt, sondern gerade auch durch diesen Druck auf den Täterkreis ausgeübt wird.**

Dies bedeutet auch, daß bei mehrfachem Abbruch der Therapie die Strafe vollstreckt wird. Ist jemand wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als 2 Jahren verurteilt worden, kann die Vollstreckung ausgesetzt werden, wenn er die Tat aufgrund einer Betäubungsmittelabhängigkeit begangen hat und sich in Behandlung befindet oder dies tun will. Das Gericht kann bei Verurteilten, die sich nach ihrer Tat in Behandlung begeben haben, die Zeit der Behandlung ganz oder teilweise auf die Strafe anrechnen.

Mit der Regelung, daß Vorstrafen nicht in das Führungszeugnis bzw. Strafregister eingetragen werden, hat die CDU nach wie vor Bedenken, aber in den Ausschußprotokollen ist festgehalten, daß Bewährungshelfer und Richter sicherstellen können, daß der Abhängige nicht an Arbeitsplätze gelangt, an denen er erneut durch Drogen gefährdet werden kann.

Bandenmitglieder, die Informationen an die Behörden geben, mit denen Straftaten der Bande verhindert werden können, dürfen mit Strafmilderung rechnen.

Zwischen „harten“ und „weichen“ Drogen wird bei der strafrechtlichen Beurteilung nicht unterschieden. Mit Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren wird bestraft, wer Betäubungsmittel ohne Erlaubnis anbaut, herstellt, mit ihnen handelt oder sie erwirbt. Mit Freiheitsstrafen nicht unter 2 Jahren wird bedroht, wer einer Bande angehört und gewerbsmäßig mit Betäubungsmitteln handelt oder durch Überlassen von Rauschmitteln den Tod eines Abhängigen verursacht.

Erfolgreich durchsetzen konnte sich die Union auch mit ihrer Forderung, ausreichende Therapieplätze und genügend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen. Der Erfolg einer Therapie hängt nachweislich davon ab, unter welchen Bedingungen sie stattfindet. Der Patient muß in ihr einen Lebenssinn erkennen können.

**Jede Maßnahme im Kampf gegen die Rauschmittelsucht wird darum nur dann zum Ziel führen, wenn es gelingt, Gefährdete und Abhängige an positive Werte zu binden.**

Die CDU/CSU fordert darum nachdrücklich gerade unter diesem Gesichtspunkt, daß alle jugendpolitischen Gesetzesvorhaben sich daran messen lassen müssen, wieweit sie dazu dienen, soziale Bindungen vor allem junger Menschen zu erhalten, auszubauen und zu fördern, weil solche Bindungen den besten Schutz gegen Suchtgefahren bilden.

**„Noch sind es die Älteren, die für die Jungen und ihre Zukunft die Weichen stellen. Entscheidend wird es sein, in welchem Maß die junge Generation bereit sein wird, „diesen Staat, diese Gesellschaft als ihr Haus (zu) betrachten, an dem ständig erneuert und in das ständig Verbesserungen eingebaut werden können, das aber verfallen würde, würde sich gerade die Jugend abwartend in eine Ecke dieses Hauses auf den Boden hocken, um dort auf den Tag zu warten, an dem es unbewohnbar geworden ist.“ (Heiner Geißler.)**

Hinweis: Zum Thema Jugendhilferecht vergleiche UiD-Dokumentation 23/80 „Der Leidensweg eines Gesetzes“.



## Helmut Kohl: Jetzt kommt es auf jeden von uns an

### ... mit Bekennermut und Argumenten

Was ist ein Wahlkampf, den man nicht überall sieht – am Jackenrevers, am Auto, im Partykeller? Bekennen Sie sich offen zur CDU.

Denn wer unsere Aufkleber fährt, unsere Nadel(n) trägt, wird oft angesprochen – ein Vorteil für uns! Jetzt kann argumentiert werden. Die Kurzfassung des Wahlprogramms und/oder die Argu-

mentationskarten sollte deshalb jeder bei sich tragen.

Seien Sie selbst Vorbild, helfen Sie durch Ihr Beispiel auch den „stilleren Mitgliedern“ über deren Hemmschwellen hinweg. Nur so können wir es erreichen, im politischen Meinungsmarkt unseres Landes ausreichend und deutlich vertreten zu sein. Und noch etwas: Niemand ist allein – jeder Wahlkämpfer gehört zur Gemeinschaft der rund 700.000 CDU-Mitglieder.

## Wenn Sie die Briefwahl erleichtern, gewinnen Sie Stimmen



**Briefwahlprospekt**  
Mindestbestellmenge:

1.000 Exemplare Format: DIN A 6  
Umfang: 4 Seiten Preis: 30,- DM pro  
1.000 Exemplare Bestell-Nr.: 2106

Der handliche, auf Postkartenformat (A 6) gefaltete Briefwahlprospekt lässt sich gut verteilen, verschicken und im persönlichen Gespräch einsetzen. Ein vorformulierter Briefwahl-Antrag zum Selbstausfüllen erleichtert dem Empfänger den Kontakt zum Wahlamt. Bedenken Sie bitte:

Nicht nur Ältere und Gebrechliche wählen per Brief, sondern auch Späturlauber, Geschäftsreisende und Sportler und Sportfreunde (... wenn am 5. 10. wichtige Veranstaltungen sind ...). Übrigens: Auch am Cannasingstand sollten Sie immer genügend Briefwahlprospekte vorrätig haben.



**Helmut Kohl: Jetzt kommt es auf jeden von uns an**

# Politisch überzeugen



①

CDU



⑦

- ① **Prospekt**  
**Franz Josef Strauß**  
Umfang: 8 Seiten  
Format: DIN A 4  
Gestaltung: 4-farbig  
Mindestabnahme: 500 Expl.  
Preis: 45,- DM pro 500 Expl.  
Bestell-Nr.: 2105

- ② **FJS-Aufkleber**  
Mindestbestellmenge:  
100 Stück  
Preis: 7,- DM pro 100 Stück  
Bestell-Nr.: 9163

- ③ **FJS-Anstecknadeln**  
Mindestbestellmenge:  
25 Stück  
Preis: 25,- DM pro 25 Stück  
Bestell-Nr.: 9144



②

③



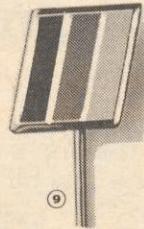
⑥



④



⑧



⑨

- ④ **Prospekt Grund-  
satzprogramm**  
Mindestabnahme: 1.000 Expl.  
Preis: 95,- DM pro 1.000 Expl.  
Bestell-Nr.: 2915

- ⑤ **Filzschreiber**  
Mindestbestellmenge:  
100 Stück  
Preis: 15,- DM pro 100 Stück  
Bestell-Nr.: 9090

- ⑥ **Aufkleber**  
**Franz Josef Strauß**  
Mindestabnahme: 100 Expl.  
Preis: 12,- DM pro 100 Expl.  
Bestell-Nr.: 9029

- ⑦ **Wahlprogramm  
der CDU/CSU in  
Schwerpunkten  
(Kurzfassung)**  
Mindestbestellmenge:  
500 Exemplare  
Preis: 60,- DM pro 500 Expl.  
Bestell-Nr.: 2146

- ⑧ **Aufkleber**  
„Für Frieden und Freiheit“  
Mindestabnahme: 100 Expl.  
Preis: 12,- DM pro 100 Expl.  
Bestell-Nr.: 9108

- ⑨ **Anstecknadel  
Erkennungszeichen**  
Mindestabnahme: 100 Expl.  
Preis: 21,- DM pro 100 Expl.  
Bestell-Nr.: 0534

**Bestellschein  
siehe ab Seite 13**



**Helmut Kohl: Jetzt kommt es auf jeden von uns an**

# - sympatisch werben



⑩

⑪

⑫

⑬

⑭

⑯ **CDU T-Shirt, klein (M)**  
Mindestbestellmenge:  
5 Stück pro Größe  
Preis: 35,- DM pro 5 Stück  
Bestell-Nr.: 9137

**CDU T-Shirt, mittel (L)**  
Mindestbestellmenge:  
5 Stück pro Größe  
Preis: 35,- DM pro 5 Stück  
Bestell-Nr.: 9138

**CDU T-Shirt, groß (XL)**  
Mindestbestellmenge:  
5 Stück pro Größe  
Preis: 35,- DM pro 5 Stück  
Bestell-Nr.: 9139

**Papierfähnchen**  
Mindestabnahme: 1.000 Expl.  
Preis: 61,- DM  
Bestell-Nr.: 9303

⑰ **Aufkleber als Postkarte „Mit Optimismus gegen Sozialismus“**  
Mindestabnahme: 100 Expl.  
Preis: 12,- DM pro 100 Expl.  
Bestell-Nr.: 9079

⑱ **Karte „Der große Tourenplaner“**  
Mindestabnahme: 500 Expl.  
Preis: 140,- DM pro 500 Expl.  
Bestell-Nr.: 2089

⑲ **Aufkleber „Die CDU ist für die Frauen da“**  
Mindestabnahme: 100 Expl.  
Preis: 12,- DM pro 100 Expl.  
Bestell-Nr.: 9093

⑳ **Aufkleber „Wir machen Dampf auf“**  
Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis: 12,00 DM pro 100 Expl.  
Bestell-Nr.: 9102

㉑ **Poster-Motiv „Affenschande ...“**  
Mindestabnahme: 50 Expl.  
Preis: 15,- DM pro 50 Expl.  
Bestell-Nr.: 7103

**Weitere Werbemittel**  
Werfen Sie bei der Planung Ihres Canvassings noch einen Blick auf das Gesamtangebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle, zuletzt veröffentlicht im UiD 30/80, vor allem Broschüren, Prospekte und Argumentationskarten zu wichtigen Einzelthemen.



**Helmut Kohl: Jetzt kommt es auf jeden von uns an**

# **Jetzt teilen wir aus!**

Flugblätter sind die ‚schnellen‘ und sofort erfaßbaren Argumente des Wahlkampfs. Planen Sie die Verteilung am Canvassing-Stand so ein, daß Sie dort jedesmal ein anderes Flugblatt verteilen und damit immer wieder aktuell wirken. Wählen Sie für die Verteilung attraktive Standorte, wo Sie auf möglichst viele Menschen treffen:

- Fabriktore geben Ihnen bei Arbeitsbeginn und -ende Gelegenheit zum schnellen Verteilen. Manchmal eignet sich auch die Mittagspause.
  - Bahnhöfe, stark besuchte Haltestellen und Ausgänge von Großparkplätzen bieten sich an.
  - Auch Fußgängerzonen, Einkaufsstra-

## ① Flugblatt 1

# Franz Josef Strauß

#### **Mindestbestellmenge:**

1.000 Stück Preis: 40,- DM  
pro 1.000 St.

plus 1.000 St.  
Bestell-Nr.: 1150

## ② Flugblatt 2

## Für eine lebenswerte

Zukunft

**Mindestbestellmenge:  
1.000 Stück**

Basis: 40 DM pro 1.000 St.

Preis. 40,- DM  
Bestell-Nr.: 1151

### ③ Flugblatt 3

## **Den SPD-Staat stoppen**

Mindestbestellmenge:

1.000 Stück  
Preis: 40,- DM pro 1.000

Preis: 40,- DM pro 1.000 St.  
Bestell-Nr.: 1153

BESTELL-NR. 1152

①

**Bestellung an IS-Versandzentrum  
Postfach 1328, 4804 Versmold**

Besteller und Versandanschrift	Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen)
<input type="checkbox"/> des Bestellers	<input type="checkbox"/> Normalversand
	<input type="checkbox"/> Eilzustellung (Gegen gesonderte Berechnung)

Gilt nur für Landes- und Kreisverbände:

Bitte tragen Sie in den nebenstehenden Kästchen die Nummer  
Ihres Verbandes ein (siehe Jahrbuch der CDU/CSU)

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
8159		Plakat Franz Josef Strauß DIN A0	
8160		Plakat Franz Josef Strauß DIN A1	
2105		Prospekt Franz Josef Strauß	
9144		FJS-Anstecknadeln	
9163		FJS-Aufkleber	
1150		Flugblatt 1: Franz Josef Strauß	
1151		Flugblatt 2: Für eine lebenswerte Zukunft	
1152		Flugblatt 3: Den SPD-Staat stoppen	
8161		Plakat Helmut Kohl DIN A0	
8162		Plakat Helmut Kohl DIN A1	
2146		Wahlprogramm der CDU/CSU in Schwerpunkten (Kurzfassung)	
2106		Briefwahlprospekt	
9137		CDU-T-Shirt klein (M)	
9138		CDU-T-Shirt mittel (L)	
9139		CDU-T-Shirt groß (XL)	
9090		Filzschreiber	
9145		Aufkleber SPD-Staat Nein Danke	
0596		Transparent	
3122		Broschüre Wahlprogramm	
8099		Slogan-Plakat, DIN A0	
8100		Slogan-Plakat, DIN A1	
0534		Anstecknadel Erkennungszeichen	
2027		Illustrierte: „Der Mann“	
9029		Aufkleber Franz Josef Strauß	

Best.-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis
2915		Prospekt Grundsatzprogramm	
2089		Karte Der große „Tourenplaner“	
9102		Aufkleber „Wir machen Dampf auf“	
9108		Aufkleber „Für Frieden und Freiheit“	
9528		Aufkleber Erkennungszeichen	
9079		Aufkleber als Postkarte „Mit Optimismus gegen Sozialismus“	
9093		Aufkleber „Die CDU ist für die Frauen da“	
7103		Poster Motiv „Affenschande“	
9303		Papierfähnchen	
2077		Faltprospekt Umweltpolitisches Programm der CDU	
3091		Frauenbroschüre „Die CDU ist für die Frauen da“	
3101		Handbuch „Unsere Argumente“	
6000		1 Satz Argumentationskarten	
3050		Machterhalt statt Politik	
3052		Betrifft: Helmut Schmidt	
3041		Die Bundesrepublik Deutschland nach 30 Jahren	
Datum	Stempel	Unterschrift	

## So bestellen Sie richtig und rechtzeitig:

### 1. Wer kann was bestellen?

Das in dieser Liste aufgeführte Informations- und Werbematerial der CDU kann jeder bestellen.

### 2. Wieviel kostet das Material?

Diese Preise enthalten bereits Fracht- und Verpackungskosten. Nur die Mehrwertsteuer müssen Sie noch hinzurechnen.

### 3. Wer bezahlt die Rechnung?

Wer Material bestellt, erhält die Rechnung und gilt als Zahlungspflichtiger.

### Achtung:

**Bei Eilzustellungen werden Ihnen Eilzuschläge in Rechnung gestellt**  
Wenn Sie Eilzustellungen verlangen, werden Ihnen 5,- DM in Rechnung gestellt.

### 4. Wir rufen Sie an ...

Es kann immer wieder vorkommen, daß Rückfragen beim Besteller notwendig sind. Geben Sie deshalb auf der Bestellung Ihre Telefonnummer an, unter der Sie von 9.00 bis 17.00 Uhr zu erreichen sind.



**Helmut Kohl: Jetzt kommt es auf jeden von uns an**

# **Wir sind aktueller als die ,ZaS'**

**Unsere brandheißen Flugblätter zu aktuellen politischen TV-Sendungen**

Die wichtigen Wahlkampfsendungen in ARD und ZDF wird die CDU über Nacht mit Flugblättern kommentieren. Die Flugblätter können am nächsten Morgen brandheiß und ganz aktuell verteilt werden.

Setzen Sie sich schon jetzt mit Ihrer Kreisgeschäftsstelle in Verbindung, damit Sie Auflagen- und Termin-Fragen abstimmen können.  
Stellen Sie die Mannschaft zusammen, die die Verteilung übernimmt (Erfahrung aus 1976: Manche Ortsverbände fingen morgens um 5 Uhr vor Fabriktoren mit dem Verteilen an – vielleicht schaffen Sie das auch.)  
Wenn Sie dieses Tempo mitmachen, dann übertreffen Sie auch in Ihrer Region die SPD-ZaS an Aktualität.

In der Nacht der Sendung entsteht unser Flugblatt-Kommentar zur Sendung, der per Telekopie an die Dienstleistungszentren geht, dort in vorbereitete Flugblätter eingedruckt und Ihnen zum Verteilen zur Ver-

fügung gestellt wird – am Morgen nach der Sendung. Rechtzeitig einplanen!

#### Aktionstermine:

(Flugblatt-Verteilung durch Sie ab  
nächsten Morgen):

1. 9. Vierer-Runde der Parteivorsitzenden,  
21.15 Uhr, ARD
  4. 9. Bürgersendung mit Franz Josef Strauß,  
21.20 Uhr, ZDF  
Generalsekretär-Runde –  
20.15 Uhr, ARD
  11. 9. Bürgersendung mit Helmut Schmidt –  
21.20 Uhr, ZDF
  25. 9. Bürgersendung mit Helmut Kohl –  
21.20 Uhr, ZDF
  2. 10. Vierer-Runde  
21.20 Uhr, ARD/ZDF

## Funktionsablauf



UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTOCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT



# Neu. Der Anti-Aufkleber.

## <sup>14</sup> Aufkleber

**SPD-Staat – nein Danke**

Mindestbestellmenge: 100 Stück

Preis: 12,- DM pro 100 Stück

Bestell-Nr.: 9145

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**UiD**